



Behindertenfreundlichkeitsprüfung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (ohne FME)

1 Präambel

Anliegen des Prüfverfahrens zur Behindertenfreundlichkeit innerhalb der Organisationseinheiten der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist es, die Lebenslagen von chronisch kranken und behinderten Menschen sowie behinderten Mitarbeitern und Besuchern der Universität zu verbessern und im Sinne des Sozialgesetzbuches IX (SGB IX), des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGG), des Landesgleichstellungsgesetzes (BGStG LSA) und des Runderlasses vom Ministerium der Finanzen vom 26.07.1993 „Grundsätze und Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt im Zuständigkeitsbereich der Staatshochbauverwaltung (RL Bau)“ die Barrierefreiheit der Universität und die soziale Integration der Betroffenen zu fördern.

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist bei allen Planungen, Vorhaben und organisatorischen Regelungen, sozialen, bildenden, kulturellen Angeboten und Veranstaltungen bestrebt, Barrieren jeglicher Art für Menschen mit Behinderungen zu vermeiden, abzubauen bzw. nicht neu entstehen zu lassen.

Der Leitgedanke der Barrierefreiheit orientiert sich dabei an § 4 des BGG:

„Barrierefrei sind bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind.“

Darüber hinaus soll jeder Form von sozialer Benachteiligung oder Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen entgegen gewirkt werden. Die Behindertenfreundlichkeitsprüfung soll sicherstellen, dass das Integrationsteam (Schwerbehindertenvertretung / Behindertenbeauftragter des Senates) bereits im Vorfeld beteiligt wird und die aus Sicht der Behinderten wesentlichen Hinweise unmittelbar in den Planungsprozess einbringen kann.

2 Geltungsbereich

Jede Organisationseinheit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg ist verpflichtet, entsprechend ihrer Zuständigkeit das Prüfverfahren zur barrierefreien und behindertenfreundlichen Universität - die Behindertenfreundlichkeitsprüfung – durchzuführen.

Die Zielstellung und die Kriterien der Behindertenfreundlichkeitsprüfung sind bei der Planung und Durchführung aller Bauvorhaben der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg zu berücksichtigen.

3 Zweck

Das Prüfverfahren ist bei allen baulichen und technischen Planungen und Vorhaben anzuwenden. Die in der Anlage der Dienstanweisung als Fragebogen enthaltene Checkliste dient der Einschätzung eines möglichen Handlungsbedarfes anhand ausgewählter und behinderungsrelevanter Themenbereiche. Im Ergebnis dieser Prüfungen kann es sich als erforderlich erweisen, weitere und detailliertere Bereiche einzubeziehen.



4 Zielgruppe

Die Prüfung der Behindertenfreundlichkeit ist mit Blick auf die Bedingungen vorzunehmen, die zu einer möglichst optimalen Integration von behinderten, schwerbehinderten, den Schwerbehinderten gleichgestellten und chronisch kranken Menschen im Sinne des Sozialgesetzbuches IX (SGB IX) spezifisch geschaffen werden müssen.

Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Dabei ist die Heterogenität der Zielgruppe hinsichtlich der Art und Schwere der Beeinträchtigungen (z. B. körperliche, geistige und seelische Behinderung, Sinnesbehinderung, chronische Erkrankungen), ihre Altersdifferenzierung sowie die geschlechtsspezifisch verschiedenen Lebenslagen von Frauen und Männern zu berücksichtigen.

5 Verfahren

Die Prüfung der Behindertenfreundlichkeit ist Bestandteil des Mitzeichnungsverfahrens von Bauplanungen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Sie ist weiterhin bei allen übrigen zweckentsprechenden Vorhaben inhaltlich anzuwenden. Der jeweilige Handlungsbedarf ist durch die zuständige Organisationseinheit zu benennen. Die Kriterien der Prüfbereiche gemäß Anlage sind auf Relevanz zu prüfen und durch Ankreuzen zu bewerten. Das abschließende Prüfergebnis ist zu formulieren und vom zuständigen Bearbeiter zu unterschreiben. Nach Unterschrift des Bearbeiters ist der Fragebogen dem Behindertenbeauftragten des Senates und der Schwerbehindertenvertretung mit Bitte um Stellungnahme zuzuleiten. Weitere Unterlagen sind bei Bedarf den Genannten zur Verfügung zu stellen.

Die Stellungnahmen sind mit der Behindertenfreundlichkeitsprüfung der Abteilung Bau- und Liegenschaftangelegenheiten zuzuleiten. Die in Auswertung dieser Unterlagen vorzusehenden Maßnahmen sind in einem Protokoll zu fixieren und vom Abteilungsleiter der Abteilung Bau- und Liegenschaftangelegenheiten, dem Behindertenbeauftragten des Senates und der Vertrauensperson der Schwerbehinderten zu unterzeichnen. Der gesamte Vorgang zur Prüfung auf Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit wird Bestandteil der Planungsunterlagen.

6 In-Kraft-Treten

Die Dienstanweisung tritt am 01.03.2004 in Kraft.

Magdeburg, den 25.02.2004

Göthe



Prüfung der Behindertenfreundlichkeit

Anzuwenden auf die Planung und Durchführung von Bauvorhaben des Dezernates für Technik und Bauplanung und für Dritte, welche für die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (ohne FME) tätig sind.

Kurztitel und Nummer der Baumaßnahme:

Gebäude:

Bearbeiter: **Dezernat / Abt. / Dritte:**

Grundsätzliche Fragen

Sind Belange und Interessen von Menschen mit Behinderungen berührt? Wirkt sich die Maßnahme bzw. das Vorhaben bzw. der Beschluss auf Menschen mit Behinderungen aus?

Ja: ☐ Nein: ☐ Vom Einbringer nicht eindeutig zu beurteilen: ☐

Bei „ja“ bzw. „nicht eindeutig“ ist die nachstehende Prüfung der Behindertenfreundlichkeit durchzuführen!

Wurde die Schwerbehindertenvertretung und der Behindertenbeauftragte des Senates beteiligt?

Ja: ☐ Nein: ☐ Falls „nein“, warum nicht?

1. Bauliche Barrierefreiheit

Kriterium / Frage	Ja / erfüllt	Teilweise erfüllt	Nein / Nicht erfüllt	Nicht relevant	Erläuterung ¹
1.1. Ist ein barrierefreier Zugang vorhanden (stufenlos, Rampe, Lift, automatische Türöffnung) und ausreichend gekennzeichnet (z.B. Hinweisschild)?					
1.2. Sind Tür- und Durchgangsbreiten ausreichend (DIN 18024-2)?					
1.3. Sind Handläufe an Stufen, Treppen u. Rampen nach DIN 18024-2 vorgesehen und mit Orientierungshilfen (Stufen- und Etagenmarkierung) versehen?					
1.4. Ist ein behindertengerechter Aufzug gemäß DIN 18024-2 vorhanden?					
1.5. Sind behindertengerechte Sanitärräume gemäß DIN 18024-2 vorhanden, leicht zugänglich und ausgeschildert?					
1.6. Sind die Belange sehbehinderter Menschen gemäß DIN 18024-2 berücksichtigt? (taktile Orientierungshilfen im Innen- und Außenbereich, Stufenmarkierung, Kontrastgestaltung, Schriftzeichengröße, Blend- und Schattenfreiheit von Beschriftungen und Beleuchtungen)					
1.7. Sind Freiflächen bzw. Bewegungsflächen aus Sicherheitsgründen ausreichend beleuchtet?					
1.8. Ist die erforderliche Anzahl behindertengerechter PKW-Stellplätze gemäß DIN 18024-2 in der Nähe zum Gebäudeeingang vorhanden bzw. vorgesehen?					

¹ Bitte ankreuzen, wenn zusätzliche Erläuterungen notwendig sind und diese als Anlage beifügen.



2. Barrierefreiheit im Verkehrsraum

Kriterium / Frage	Ja / erfüllt	Teilweise erfüllt	Nein / Nicht erfüllt	Nicht relevant	Erläuterung
2.1. Entspricht die Gestaltung des Verkehrsraumes (Gehweg- und Außengelände) den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen (Bordsteinabsenkungen, Pflasterung, Gehwegbreite, Einbringung von taktilen Orientierungshilfen, opt. und taktile Trennung von anderen Verkehrsteilnehmern) gemäß DIN 18024-1?					

3. Information und Kommunikation

Kriterium/Frage	Ja/ erfüllt	Teilweise erfüllt	Nein/ Nicht erfüllt	Nicht relevant	Erläuterung
3.1. Sind schriftliche Informationen verfügbar und für behinderte Menschen lesbar? (Aushänge u.a.)					
3.2. Sind die Informationen verständlich formuliert und gestaltet?					
3.3. Sind Internet-Informationen für Blinde und Sehbehinderte zugänglich?					
3.4. Sind besondere technische Hilfsmittel für Menschen mit Behinderungen vorgesehen? (z.B. Hörschleifen, Laufschrift in Versammlungsstätten)					
3.5. Sind Beratungsplätze, Bedientresen und Bedienelemente für RollstuhlfahrerInnen und Kleinwüchsige in geeigneter Höhe nutzbar?					
3.5. Sind Hinweisschilder und Beschriftungen vorhanden und kontrastreich in ausreichend großer Schrift sowie bei Bedarf tastbar gestaltet?					

4. Kultur, Sport und Bildung

Kriterium/Frage	Ja/ erfüllt	Teilweise erfüllt	Nein/ Nicht erfüllt	Nicht relevant	Erläuterung
4.1. Besteht uneingeschränkter Zugang und Nutzbarkeit des Angebots / der Maßnahme für Menschen mit Behinderungen?					
4.2. Ist das Angebot integrativ, d.h. steht es gleichermaßen Nichtbehinderten und Behinderten zur Verfügung?					
4.3. Gibt es spezielle Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen?					



Prüfergebnis des Bearbeiters:

Magdeburg, den:

.....
Unterschrift des Bearbeiters

Zusammenfassende Auswertung

(erfolgt durch die Schwerbehindertenvertretung / den Behindertenbeauftragten des Senates)

Die Behindertenfreundlichkeitsprüfung ergab:

Die Bedürfnisse und Belange von Menschen mit Behinderungen wurden

vollinhaltlich ☐ weitgehend ☐ teilweise ☐ unzureichend ☐ gar nicht ☐
berücksichtigt.

Bemerkungen:

Magdeburg, den:

.....
Unterschrift der Schwerbehindertenvertretung

Magdeburg, den:

.....
Unterschrift des Behindertenbeauftragten des Senates

Verteiler: K41; K42; K43; Planungsbeteiligte; Archiv